

Am 21. Dezember 1936 verabschiedete der »Ausschuss zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront« in Paris den »Aufruf an das deutsche Volk«. Er war ein Kompromiss heterogener Vorstellungen und Ziele der exilierten Akteure – also von Sozialdemokraten, Kommunisten, Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) und parteilosen liberalen Demokraten (Journalisten, Publizisten, Schriftstellern). Der Weg zur endlichen Einigung war lang und steinig. Wie hatte es angefangen mit einer »Volksfront« gegen den Nazismus? Welche Hindernisse hatten im Exil bis Ende 1936 überwinden werden müssen? Was besagt »Kompromiss« hier konkret?

**Alter Zwist**

Der Ursprung einer breiten, parteien- und klassen-übergreifenden Sammlung gegen den Nazifaschismus unter der Losung »Volksfront« liegt in der Kampagne zur Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1932. Die Wortschöpfung prägte der parteilose Berliner Oberbürgermeister (von 1931 bis 1935) Heinrich Sahn. Sie war Ausdruck einer ins Militante gesteigerten geistigen und politischen Lage der Weimarer Republik. Die Losung »Volksfront gegen Hitler« vereinte erfolgreich die Gegner des Kandidaten der zur Macht im Staate greifenden NSDAP zur Wiederwahl des amtierenden Reichspräsidenten Paul von Hindenburg – von den Monarchisten bis schließlich zu einer ratlosen SPD, die sich als Geburtshelfer und Verteidiger der (Reste der) demokratischen Republik von Weimar verstand. Von dem Reichsfeldmarschall im Ersten Weltkrieg, dem 1925 als Kandidaten eines »Reichsblocks« ein »Volksblock« aus SPD, Zentrumspartei und Deutscher Demokratischer Partei – vergeblich – entgegenstanden hatte, war man nun überzeugt oder erhoffte sich zumindest, dass er als preußischer Offizier die durch seinen Eid beschworene »verfassungsmäßige Ordnung«, welche von der äußersten Rechten, aber auch von der äußersten Linken, in Gestalt der KPD, unter Druck stand, nicht preisgeben würde. Das erwies sich, wie der 30. Januar 1933 mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler zeigen sollte, als Irrtum.

Unstimmigkeiten, die es im Lager der Nazi-gegner gab, vor allem zwischen den Parteien und Gruppen der Arbeiterbewegung, dabei wiederum allen voran zwischen SPD und KPD, bestanden im politischen Exil nach 1933 zunächst fort. Man wies sich gegenseitig die Schuld an der Niederlage zu. Die historische Forschung geht nun allerdings mit einiger Gewissheit davon aus, dass eine durch Abmachtung besiegelte Front der beiden großen Parteien im letzten Jahr der Weimarer Republik aus ideologischen, praktischen und auch emotionalen Gründen nicht mehr realisierbar war. Die SPD bestand auf der Rücknahme der 1924 vom damaligen Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI), Grigori Sinowjew, ausgehenden und 1928 auf dem VI. Weltkongress der Komintern zur Doktrin erhobenen These des »Sozialfaschismus«. Sie beinhaltet, dass der politische »Hauptstoß« gegen die Sozialdemokratie zu richten sei, weil die jene von ihr organisierten Massen des Proletariats in der als revolutionär eingeschätzten (welt-)wirtschaftlichen Krise vom Klassenkampf gegen den Kapitalismus abhalte. Auf der Grundlage dieser Auffassung agierte die KPD unter der Losung »Einheitsfront von unten« mit Spaltungsversuchen sowie Angriffen auf Parteiführung und -mitglieder der SPD wie auch auf die von ihr geführte Regierung in Preußen. Den Beweis für die Richtigkeit der vom EKKI vorgegebenen Theorie und Praxis des »Sozialfaschismus« sah die KPD in der rigoros antikommunistischen Politik der sozialdemokratischen Preußenregierung. Höhepunkt waren die als »Blutmai« ins Gedächtnis eingegangenen gewalttätigen Auseinandersetzungen bei den trotz Verbots von der KPD durchgeführten öffentlichen Demonstrationen unter freiem Himmel in Berlin 1929, an deren Ende infolge der Polizeigewalt 30 Tote und etwa 200 zum Teil schwer Verletzte zu beklagen waren. Hinzu kam die Tolerierung der SPD im Reichstag gegenüber dem auf der Grundlage von Notverordnungen regierenden Präsidialkabinett unter Kanzler Heinrich Brüning (vom 30.3.1930 bis zum 30.5.1932) von der Zentrums-partei, dessen Politik zu weiterer Arbeitslosigkeit und Verarmung führte. Folglich negierte auf der einen Seite die SPD-Führung die verschiedenen Aufrufe von linkssozialistischen und oppositio-

nellen kommunistischen Parteien und Gruppen und von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus dem linksbürgerlichen Lager wie Heinrich Mann, wenigstens eine taktische Einigung mit der KPD herbeizuführen, während die KPD-Führung solcherlei Vorschläge als »sozialfaschistische Betrugsmanöver« zurückwies.

In der Emigration kam es sachte zu Veränderungen der Positionen. Das ZK der KPD im Exil eignete sich Anfang August 1934 den Termin »Volksfront« gegen Hitler an, als es nach Hindenburgs Tod die Wähler in Deutschland dazu aufrief, bei dem anstehenden Plebiszit über das Gesetz zur Zusammenführung der Ämter von Reichspräsident und Reichskanzler in der Person Hitlers als »Führer und Reichskanzler« und zur Vereidigung der Reichswehr auf ihn mit »Nein« zu stimmen. Das entsprach auch der Losung im Reichspräsidentenwahlkampf »Wer Hindenburg wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg«. Im Mittelpunkt stand programmatisch allerdings weiterhin der revolutionäre Kampf um die Diktatur des Proletariats in der Form der Sowjets. Hier wie in weiteren Appellen des ZK aus verschiedenen tagespolitischen Anlässen an unterschiedliche Adressaten bis hin zur SA und Hitlerjugend zeichnete sich ab, dass mit der Losung der »Volksfront« auch in NS-Massenorganisationen Agitation und Propaganda betrieben werden sollte.

**Für »Status quo« an der Saar**

Infolge der Übernahme bzw. der Übersetzung des Begriffs »Volksfront« in andere Sprachen durch kommunistische Parteien erhielt er internationale Bedeutung als Bezeichnung der Kampfform gegen den Faschismus allgemein. Dies geschah zuerst in Frankreich. Im November 1934 lancierte der PCF (Parti Communiste Français) den Slogan »large front populaire antifasciste« (breite antifaschistische Volksfront), nachdem »Front populaire« zunächst nur intern als Bezeichnung für das neue Verhältnis zur sozialistischen Partei (SFIO – Section Française de l'Internationale Ouvrière) verwendet worden war. Mit dieser hatte er letztlich auf Druck des EKKI am 27. Juli ein Einheitsfrontabkommen einschließlich einer Nichtangriffsklausel geschlossen. Erst Stalins Sanktionierung des Termins »Volksfront« an sich und der unter dieser bzw. unter der Losung »Front populaire« angewachsenen Bewegung, die mit dem Einschluss der Radikalsozialistischen Partei am 14. Juli 1935 weit ins bürgerliche Lager hineinreichte, erlaubte es der Komintern, am Ende ihres mehrmals verschobenen VII. Weltkongresses vom 15. Juli bis zum 21. August Theorie und Praxis des »Sozialfaschismus« aufzugeben und ihren Sektionen weltweit die Aufgabe der Schaffung von nationalen Volksfronten über die Arbeiterklasse hinaus gegen Reaktion, Faschismus und Krieg verbindlich zu stellen. Diese neue Strategie trug im Hinblick auf Europa der aggressiven Politik des Naziregimes, augenfällig geworden mit der den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags zuwiderlaufenden Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und der Umwandlung der Reichswehr in die Wehrmacht, Rechnung. Sie setzte jedoch voraus, dass noch genügend demokratischer Spielraum vorhanden war.

Dieser Spielraum war im Saargebiet trotz zunehmenden Terrors von seiten der Nazis bis zum 13. Januar 1935 gegeben. An jenem Tag wurde ein Volksentscheid abgehalten. Dabei ging es um die Abstimmung über die Zugehörigkeit zu Frankreich, dem im Versailler Vertrag die Ausbeutung der dortigen Kohlegruben zugesprochen worden war, die Rückgliederung an das Deutsche Reich oder aber als dritte Wahlmöglichkeit die Bewahrung des »Status quo«, nämlich Mandatsgebiet des Völkerbunds zu bleiben. Mit über 90 Prozent Zustimmung siegte die »Deutsche Front«, die von der NSDAP bis zur Zentrumspartei reichte. Das EKKI hatte der KPD zuvor verboten, weiterhin eine »Rote Saar im Rätedeutschland« zu propagieren. Daraufhin hatte die saarländische Sektion der Partei am 2. Juli 1934, also noch dreieinhalb Wochen vor dem Pakt zwischen PCF und SFIO in Frankreich, mit der Sozialdemokratischen Partei des Saargebiets die Aktionseinheit zur Verteidigung des »Status quo« beschlossen. Es war der erste Einheitsfrontpakt »von oben« zwischen einer kommunistischen und einer sozialdemokratischen Partei seit 1923. Die unerwartet hohe Wahlniederlage (8,8 Prozent der gültigen Stimmen) ließ das »Freiheitsfront«, dann auch »Volksfront« genannte lose Bündnisses zwischen Sozialdemokraten



Zusammenschluss mit Vorbildcharakter. Im vom Völkerbund verwalteten Saargebiet verteidigte eine maßgeblich von SPD und KPD gebildete »Volksfront« von Hitlergegnern beim Volksentscheid vom 13. Januar 1935 den »Status quo«, sprach sich also gegen den Anschluss an Nazideutschland aus (Kundgebung der Volksfront in Saarbrücken im Januar)

# »Für Frieden, Freiheit und Brot!«

Am 21. Dezember 1936 verabschiedete der »Ausschuss zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront« in Paris den »Aufruf an das deutsche Volk«. Er ist Ausdruck des Bemühens um Zusammenarbeit der Hitlergegner im Exil. **Von Ursula Langkau-Alex**



Das Pariser Hotel »Lutetia«: Hier trafen sich die antifaschistischen Exilanten im »Ausschuss zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront« (Postkarte von 1938)

und Kommunisten, weiteren sozialistischen Parteien und Gruppierungen, NSDAP-Gegnern aus der Zentrumspartei, einigen katholischen und protestantischen Geistlichen, der Liga für Menschenrechte sowie liberal-demokratischen Journalisten rasch auseinanderfallen. Gravierender war aber, dass der Einheitsfrontpakt zerbrach und die alten Feindschaften wieder ausgetragen wurden.

Indes: Wahlniederlage und erneuter Exodus von Tausenden Nazigeegnern spätestens nach der Rückgliederung des Saargebiets ans Deutsche Reich am 1. März 1935 leiteten, nach einigen Monaten der Besinnung, einen Lern- und (Wieder-)Annäherungsprozess zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ein. Dieser konnte sich nur in Frankreich entwickeln: Hier wuchs die außerparlamentarische Bewegung eines »Front populaire« stetig an und wirkte sich auch auf die untereinander uneinigenden Hitlergegner aus. Die Vertreter der Arbeiterparteien blieben außerhalb des unmittelbaren Zugriffs sowohl von »Prag« (Exilbüro der SPD, genannt Sopade, und Teile des Politbüros bzw. der operativen Auslandsleitung der KPD), als auch von »Moskau« (Komintern und Teile des Politbüros der KPD).

**Annäherungen in Paris**

Ende Mai griff der saarländische Sozialdemokrat Max Braun, neben Fritz Pfordt von der KPD maßgeblicher Akteur bei der Einigung im Saargebiet, den Gedanken einer Freiheits- bzw. Volksfront für den Kampf gegen Hitler wieder auf, diesmal für das gesamte politische Exil aus Deutschland. Er setzte gezielt bei emigrierten Demokraten, Katholiken und Sozialdemokraten an, die den Saarkampf unterstützt hatten. Über den Chefredakteur des KPD-Organs *Der Gegen-Angriff*, Bruno Frei, konnten Kontakte zu Willi Münzenberg, der wiederum vor allem Pazifisten ansprach, aufgebaut werden. Der KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck in Moskau lancierte innerhalb der Partei »Überlegungen« zur Sammlung. Die ersten noch informellen Gespräche in Paris über Möglichkeiten und Grenzen einer Zusammenführung der heterogenen Opposition fanden in »überparteilichem« Rahmen statt: Mitglieder oder Sympathisanten von KPD, SPD und der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) vertraten zugleich Organisationen wie die Liga für Menschenrechte oder den Schutzverband Deutscher Schriftsteller, der übrigens im ganzen ein treibender Faktor für die Verständigung der verschiedenen Kräfte war. Eine organisatorische und inhaltliche Fixierung fand bereits Ende Juli mit der Bildung eines »Vorläufigen Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront« statt, einige Wochen später umbenannt in »Vorbereitender Ausschuss zur Schaffung einer deutschen Volksfront«, in dem zwei Kommunisten, zwei Sozialdemokraten, ein »Sympathisierender« und ein »linksbürgerlicher Demokrat« saßen. Der Schriftsteller Heinrich Mann, der 1932 als überparteilicher Kandidat für das Reichspräsidentenamt nicht konsensfähig gewesen war und selbst für Hindenburg gestimmt hatte, übernahm auf Wunsch den Vorsitz.

Der »Ausschuss zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront« schließlich wurde auf der etwa 100 Teilnehmer einschließlich Mandatäre umfassenden Tagung der »deutschen Opposition« am 2. Februar 1936 installiert, so getauft aber erst auf einer Sitzung im Juni des Jahres. Für den Ausschuss waren bei Gründung vorgesehen: Drei Sozialdemokraten als Einzelpersonen (ohne Mandat der Sopade, die eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten ablehnte, solange nicht mindestens ein Nichtangriffspakt mit dem ZK der KPD geschlossen war, den dieses wiederum nicht zugestand), drei Kommunisten (offiziell nicht als Vertreter des ZK, bis eine Einigung mit der Sopade zustande gekommen sei), zwei Vertreter der Auslandszentrale der SAP, zwei parteilose Demokraten für das »Freiheitliche Bürgertum« und zwei »Katholiken«.

Von Beginn der Gespräche in Paris an, dann auf den Konferenzen im Hotel »Lutetia« Ende September und im November 1935 hatten alle Nichtkommunisten, zum Teil unterstützt von Anhängern der KPD, die Klärung der Fragen der Demokratie und der Gesellschaftsordnung in Deutschland nach dem Sturz Hitlers und des Nationalsozialismus als vorrangig behandelt wissen wollen. Dazu waren Vorschläge und ganze Verfassungsentwürfe vorgelegt worden. Die Lösung der Friedensfrage, die Willi Münzenberg im Auftrag des neuen Generalsekretärs der Komintern, Ge-

orgi Dimitroff, nach seiner Rückkehr vom VII. Weltkongress in den Vordergrund zu stellen versuchte, ergab sich für sie logischerweise daraus. Zur Schlichtung der Auseinandersetzungen wurde auf der Tagung am 2. Februar 1936 beschlossen, unter dem neu gewählten Vorstand des »Lutetia-Kreises«, vorläufig auch »Gremium« genannt, eine Programmkommission einzusetzen, bei der alle Vorschläge eingereicht werden sollten.

Die auf drei Monate erweiterte Frist, die gewährt wurde, um zu einem Ergebnis zu kommen, erwies sich als viel zu kurz bemessen, weil andere Aufgaben dringlicher wurden: so etwa eine angemessene Reaktion auf die Besetzung der neutralen Rheinlande durch die Wehrmacht am 7. März 1936. Zudem warteten die kommunistischen Vertreter in der Programmkommission auf eine Vorlage ihres ZK in Moskau, die Wilhelm Pieck, autorisiert vom EKKI, erst zur Politbürositzung der Partei vom 11. bis 24. Juni mit umfangreichen »Richtlinien für die Ausarbeitung einer politischen Plattform der Deutschen Volksfront« präsentieren konnte. Die Aufgabe lautete, den »Widerstand des Volkes« zu organisieren. Unter der Losung »Kampf für die Freiheit und Demokratie« wurden Maßnahmen gegen die Freiheits- und Rechtsverletzungen des Hitler-Regimes vorgeschlagen, auf sozialökonomischem Gebiet war lediglich die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie vorgesehen. Essenz war eine – nicht näher definierte – »Demokratische Republik«.

**Ulbrichts Alleingang**

Die Richtlinien in der Programmkommission konnten noch nicht ernsthaft diskutiert werden, da begann in Spanien mit dem Putsch der Generäle, darunter Francisco Franco, am 17./18. Juli der Krieg gegen die gewählte Regierung der Volksfront (»Frente Popular«), in den alsbald die Hitler-Regierung und auch Mussolini-Italien mit Soldaten und Material eingriffen. In der sowjetischen Hauptstadt wiederum fanden etwa zur gleichen Zeit die ersten Massenverhaftungen und der erste »Moskauer Schauprozess« gegen die alte Garde der Bolschewiki statt, die bezichtigt wurde, Teil eines »trozkistisch-sinowjewistischen terroristischen Zentrums« zu sein. Das Tribunal endete mit der Erschießung aller 16 Angeklagten, darunter Ilya David Krugljanskis (Fritz David), des persönlichen Sekretärs von Pieck, der ihm auch die Rede zum VII. Weltkongress geschrieben hatte. Mit beiden unerwarteten Ereignissen stellten sich alle noch nicht gelösten Fragen und Probleme wieder ganz neu. Die Programmkommission beschloss, nur mehr einen Appell an das deutsche Volk, mit einigen programmatischen Punkten, auszuarbeiten.

Noch bevor ein Durchbruch erzielt war, nahm Walter Ulbricht den Reichsparteitag der NSDAP vom 8. bis 14. September in Nürnberg zum Anlass, insgeheim zusammen mit Gerhart Eisler einen Aufruf zur »Versöhnung des deutschen Volkes für Frieden, Freiheit und Wohlstand, gegen die 3.000 Millionäre!« zu verfassen, der mit »Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands« unterzeichnet war. Er erschien in der ersten Oktoberhälfte in der illegal im Reich verbreiteten *Roten Fahne* sowie auszugsweise, mit stilistischen Änderungen und mit einem mit »Walter« gezeichneten, noch schärferen Kommentar im Exilblatt *Deutsche Volks-Zeitung*. Von »Volksfront« war in dem ganzen Aufruf nur im Zusammenhang mit Frankreich die Rede. Alle »Volksgenossen«, Nazis, Kommunisten, Sozialdemokraten, Katholiken usw. sollten sich »brüderlich die Hand« reichen zur Durchsetzung der alten sozialen Forderungen der NSDAP«. Scharfe Kritik kam aus Moskau, aus der Kaderleitung des EKKI und von Georgi Dimitroff, dem Initiator der politischen Wende der Komintern. Nicht minder deutlich waren die Einwände Wilhelm Piecks. Er sah die Ergebnisse der Politbüro-Tagung vom Juni 1936 in Paris, seine dort und im Kreis der Programmkommission diskutierten »Richtlinien«, die ganzen Bemühungen um eine antifaschistische Volksfront zum Sturz Hitlers und des Naziregimes auf den Kopf gestellt. Er rügte die »volkssozialistischen« Tendenzen und die »Volksgemeinschaftsideologie« des »Versöhnungsaufrufs« und empfahl, die Abrechnung mit dem »Volkssozialismus« von Paul Sering in der *Zeitschrift für Sozialismus* zu lesen.<sup>1</sup>

Der »Versöhnungsaufruf« selbst, Ulbrichts Verlangen, diesen anstelle eines Programms als Papier des Volksfrontausschusses zu verbreiten und seine Forderung, jegliche Kritik am Moskauer Prozess

zu unterlassen, spornten die Mitglieder der Programmkommission dazu an, den geplanten Appell fertigzustellen. Der »Aufruf an das Deutsche Volk! Bildet die deutsche Volksfront. Für Frieden, Freiheit und Brot!« war das Resultat. Ulbricht und sein Genosse in der Kommission, Herbert Wehner, gaben schließlich den entschlossen auftretenden Nichtkommunisten, voran dem liberalen Journalisten Georg Bernhard und dem die Sozialdemokraten vertretenden Heinrich Ehrmann von der Gruppe »Neu Beginnen«, nach. Diese verteidigten auch die Forderungen der SAP-Vertreter nach »Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und [der] Großbanken«. Zwischen Anfang Januar und März 1937 wurde der Aufruf, versehen mit den Unterschriften von Sozialdemokraten, Kommunisten, SAPlern und parteipolitisch gebundenen und unabhängigen Intellektuellen, in deutschen Exil- und illegalen Zeitschriften sowie den Tageszeitungen der französischen »Volksfront«-Parteien veröffentlicht.

**Ein Kompromisspapier**

Im ganzen war der Aufruf vom 21. Dezember 1936 ein Kompromiss – und das in zweierlei Hinsicht: Einmal kombinierte er Feststellungen über die soziale und wirtschaftliche Lage in Deutschland gegen Ende des vierten Jahres seit »Hitlers Macht-ergreifung« mit einem Programm, auf dessen Grundlage »unsere Volksgenossen im Reich und im Ausland« »vereinigt« den »Sturz Hitlers und aller Peiniger des deutschen Volkes« betreiben könnten, um das endliche, in die Katastrophe führende Ziel der Politik des NS-Regimes, nämlich einen Eroberungskrieg zu verhindern. Zum anderen war der Aufruf – und das ist hier die Hauptsache – das Resultat aus verschiedenen Entwürfen, Vorlagen, Überarbeitungen und Diskussionen im Kontext der mannigfaltigen politischen Entwicklungen und Konstellationen seit dem Frühsommer 1936. Er war das Maximum, das unter den Umständen zu erreichen war, im Grunde ein liberal-sozial-demokratisches Programm. So wurde er auch innerhalb der deutschen politischen Emigration von Europa bis Amerika rezipiert: zustimmend, distanziert, kritisch, ablehnend.

Der Aufruf »Bildet die Deutsche Volksfront. Für Frieden, Freiheit und Brot« beruhte auf den universellen Menschen- und Bürgerrechten. »Freiheit für das Volk!« war die Maxime zum gemeinsamen Kampf. Damit verknüpft waren insgesamt zehn Forderungen, zunächst die allerdringlichsten: »Freilassung aller Opfer des Regimes«; »Aufhebung aller Terror- und Ausnahmeesetze«. Es folgen: Bestrafung aller Verbrecher des Regimes; öffentliche und persönliche Freiheitsrechte, dazu gehört die Beendigung »der Rassenhetze« – sie wurde ausdrücklich als eine »Schmach der deutschen Kultur« gebrandmarkt –, und jeglicher »kriegshetzerischen Propaganda«. Der Rechtsstaat wurde mit der »Wahl der Richter durch das Volk« – und nicht durch eine Partei – eingefordert. Die Gleichstellung von Männern und Frauen, eine befreite Wissenschaft und der »Neuaufbau aller Unterrichtsanstalten in freiem und modernem Geist« waren die weiteren Ziele.

**■ Anmerkung**  
1 Paul Sering (d. i. Richard Löwenthal, damals der führende Theoretiker der linkssozialdemokratischen Gruppe »Neu Beginnen«): »Was ist der Volkssozialismus?«, in: *Zeitschrift für Sozialismus*, H. 36, September 1936, S. 1105-1136. Es ist der einzige Beitrag in dieser letzten Ausgabe der von Rudolf Hilferding herausgegebenen theoretischen Zeitschrift des Exilvorstandes der SPD (Sopade). Ulbrichts »Versöhnungsaufruf« findet sich nicht in seinen Gesamten Schriften, er ist außer in *Deutsche Volksfront*, Bd. 3, und zwar schon früher, zusammen mit Ulbrichts Kommentar, nachgedruckt bei Jörg Schüttrumpf: »Versöhnung der antifaschistischen und nationalsozialistischen Massen«, *Utopie kreativ. Diskussionssozialistischer Alternativen*, Nr. 71, September 1996, S. 28-42.

**■ Ursula Langkau-Alex** ist Historikerin und arbeitet am Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam. Von ihr stammt die umfangreiche, dreibändige Untersuchung: *Deutsche Volksfront 1932-1939*. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau, Akademie Verlag, Berlin 2004/2005.

**■ Lesen Sie morgen auf den JW-Themaseiten:**

**Kabinett der Milliardäre und Militärs. Trumps designierte Minister im Porträt**